

# Wir sind längst ein Volk!

Es gibt sie noch, die Unterschiede zwischen Ost und West. Doch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung prägen sie Deutschland nicht mehr. Wir sollten endlich die Konflikte anpacken, die wirklich unsere Gesellschaft spalten. **Von Werner Weidenfeld**

Der Sachverhalt scheint eindeutig: Ost- und Westdeutschland trennen auch 20 Jahre nach der Vereinigung Welten. Zum Beispiel bei der Zuwanderung: In Ostdeutschland ist nicht einmal jeder 20. Einwohner ein Migrant, in den alten Bundesländern und West-Berlin dagegen jeder sechste.

Gleichzeitig aber ist im Osten ein durchschnittlich höheres Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlicher Gewalt festzustellen. Das Fazit, Fremdenfeindlichkeit sei in erster Linie ein ostdeutsches Problem, liegt nahe.

Jedoch ist dies nur die halbe Wahrheit. Mit einem Migrantenanteil von 9,3 Prozent ähnelt die Situation in Schleswig-Holstein mehr der von Sachsen (4,6 Prozent) als von Berlin-West (24,3 Prozent). Und auch die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern trennt alte und neue Bundesländer nicht starr in zwei Lager. Bremen schneidet hier schlechter ab als Thüringen. Beim Ausmaß fremdenfeindlicher Gewalt schließlich lag der Wert Schleswig-Holsteins 2007 sogar vor jenem Mecklenburg-Vorpommerns.

Das Beispiel Migration macht deutlich: Die alten Klischees von Ost und West taugen immer weniger dazu, den Standort Deutschland zu lokalisieren.

Die Einheit als vollendet zu bezeichnen ist ebenso wenig zutreffend wie der pauschale Hinweis auf eine weiterhin existierende Mauer in den Köpfen. Auch wenn es dem Bedarf einer beschleunigten und medialisierten Welt nach plakativen Verkürzungen widerspricht: Wer heute noch simplifizierend in Schwarz-Weiß-Bildern über die innere Einheit Deutschlands urteilt, wird ihr nicht gerecht.

Als sich 1990 West- und Ostdeutschland in einem gemeinsamen Staat wiederfanden, trennten sie in vielerlei Hinsicht Welten. Das dramatische ökonomische Gefälle zwischen West und Ost mit all seinen Folgeproblemen wie zum Beispiel den ökologi-

schen Altlasten waren nur die sichtbarsten Gegensätze.

Noch weit darüber hinaus reichten die Differenzen, die aus den unterschiedlichen Erfahrungswelten in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR resultierten. Am Tag der Vereinigung konkretisierten sich die Gegensätze als ein dramatischer, vielschichtiger Kontrast Ost versus West, der das vereinte Deutschland durchdrang. Im Gewand der Frage nach der inneren Einheit hat dieser Gegensatz und Konflikt das Land über die Jahre nicht losgelassen. Wer immer über die Gegenwart und Zukunft des Landes nachdachte, sprach irgendwann auch über Ost und West – und die Frage, was diese beiden ehemaligen Staaten noch trennte.

## Verstörende Asymmetrie

Anfangs war diesem Prozess eine eigentümliche Asymmetrie eigen. Für viele Bürger der ehemaligen DDR ging die Vereinigung mit einem dramatischen Transformationschock einher.

Über Nacht änderte sich für sie alles: der Staat, in dem sie lebten, ihre Wirtschafts-, Sozial- und Kulturlage. Westdeutsche nahmen 1990 dagegen kaum als tief greifende Zäsur wahr. Die Wiedervereinigung selbst hatten sie nicht erkämpft, sie fiel ihnen zu. Mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 Grundgesetz blieb für sie scheinbar alles beim Alten.

Nicht zuletzt diese unterschiedliche Betroffenheit der Vereinigung führte zu Irritationen im Vereinigungsprozess. So tradierte sich die Vorstellung der „zwei Welten“ Ost und West. Tatsächlich aber ist Deutschland heute, zum 20. Jahrestag der Vereinigung, vereint, als es manche Kritiker des Einheitsprozesses wahrhaben wollen.

Die Deutschland prägenden Kontraste sind heute nicht mehr wie 1990 auf der Ost-West-Dimension angesiedelt. Beispielsweise sind zwar der wirt-

schaftliche Abstand und das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West nicht von der Hand zu weisen. Betrachtet man die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Langzeitarbeitslosigkeit, können die neuen Bundesländer durchaus als Verlierer des Einigungsprozesses angesehen werden. Allerdings relativiert sich dieser Ost-West-Kontrast deutlich, wenn auch die Lebenshaltungskosten und Transferleistungen berücksichtigt werden. Eindeutige Gewinner und Verlierer sind dann nicht mehr zu benennen.

Ostdeutsche Frauen im Rentenalter sind zum Beispiel aufgrund längerer Lebensarbeitszeiten deutlich besser gestellt als westdeutsche Rentnerinnen.

Die sich immer weiter öffnende Kluft zwischen Arm und Reich erscheint als der zentrale Kontrast im vereinten Deutschland des beginnenden 21. Jahrhunderts. Seinen Ausdruck findet er in vielerlei Gestalt:

- > im Gefälle des Wohlstandsniveaus und der Lebensstandards
- > in ländlichen Räumen, denen urbane Wachstumszonen gegenüberstehen,
- > in regional höchst unterschiedlichen Innovationspotenzialen,
- > im Grad der empfundenen Lebenszufriedenheit,
- > in von nüchternen Kosten-Nutzen-Kalkülen geprägten Blicken auf die Politik,
- > in der Armutsverteilung zwischen Geschlechtern,
- > im Auftreten gegenüber Ausländern.

All diese Kontraste finden sich in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen, wenn auch zum Teil auf unterschiedlichem Niveau. Weniger trennen sie Ost und West, als dass sie Deutschland einen.

Deutschlands zentrale Herausforderung liegt damit heute nicht mehr wie in den 90er-Jahren darin, die Einheit zu vollenden. Dies aber ist keineswegs ein Freifahrtschein für die Poli-

tik. Große Anstrengungen sind weiterhin notwendig, um die Folge- und Begleiterscheinungen des Einheitsprozesses zu bewältigen. Im Besonderen gilt es, in Deutschland ein Geschichtsbewusstsein zu etablieren, das die unterschiedlichen historischen Erfahrungshorizonte von Bürgern der DDR und jenen der Bundesrepublik verbindet.

Gleichzeitig aber untermauert der differenzierte Blick auf deutsche Kontraste, dass die zentralen Herausforderungen im Jahre 20 nach der Vereinigung Problemlagen ansprechen, die von gesamtdeutscher Relevanz sind. Fremdenfeindlichkeit ist ein Problem in Kiel wie in Schwerin. Ein Armer in

Kontraste auf, die das Potenzial haben, große gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen anzustoßen: der Kontrast Arm versus Reich und – eben – der Kontrast Ost versus West. Soziale Ungerechtigkeit wird von der Mehrheit der Deutschen nicht akzeptiert; ebenso wie Kontraste zwischen Ost- und Westdeutschland nicht im Sinne föderaler Vielfalt hingenommen werden. Die Bevölkerung erwartet, dass diese Probleme gelöst werden. Dass es gerade die soziale und die nationale Frage sind, die Deutschland besonders bewegen, ist kein Zufall.

Beide zählen zum Kern deutscher Identität und wurden stets in enger Wechselwirkung zueinander gedeutet.

## Fremdenfeindlichkeit ist ein Problem in Kiel wie in Schwerin. Ein Armer in Offenbach ist nicht besser gestellt als ein Armer in Cottbus

Offenbach ist nicht besser gestellt als ein Armer in Cottbus.

In jeder Gesellschaft gibt es Unterschiede und Gräben. In modernen, pluralistischen Gesellschaften, in denen Stände Vergangenheit sind und Milieus erodieren, erscheinen Kontraste sogar als ein zentraler Motor politischer und gesellschaftlicher Entwicklung. Kontraste, die sich in öffentlichen Diskussionen manifestieren, dienen der politischen Willensbildung, schärfen das Bewusstsein für Problemlagen und erhöhen den Handlungsdruck auf Entscheidungsträger.

Die Frage ist demnach nicht, ob es Kontraste gibt, sondern vielmehr, wie wir mit ihnen umgehen. Welche Unterschiede werden überhaupt wahrgenommen, welche als Problem identifiziert? Welche Gegensätze lösen breite Diskussionen aus, welche zwingen Entscheidungsträger zum Handeln?

Wendet man diese Fragen auf Deutschland an, fallen vor allem zwei

Selbst in der Zeit der deutschen Teilung verloren beide Traditionslinien nicht an Wirkungsmacht – weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in der DDR. Das SED-Regime bemühte sich bis zuletzt, eine eigene DDR-Nation und damit eine eigene, ostdeutsche Identität zu begründen. Dabei griff es nicht zuletzt auf die soziale Frage in Form des Sozialismus als Staatsdoktrin zurück. Doch auch in Westdeutschland diente das Soziale dazu, dem Nationalen neue Substanz zu verleihen. Die soziale Marktwirtschaft avancierte zu einem der Eckpfeiler des neuen, bundesdeutschen Selbstverständnisses.

## Brisante soziale Kontraste

Die Abmilderung von Kontrasten im Sozialen erleichterte es auch, das Nationale neu zu begründen – hier wie da, in Ost wie in West. Kein Wunder also, dass gerade diese beiden Fragen auch heute noch von besonderer Brisanz

sind, Kontraste im Sozialen und Nationalen auf besonders wenig Akzeptanz stoßen und stattdessen Stoff für Diskussionen geben und so politische Handlungszwänge erzeugen.

Ost und West trennen bis heute in erster Linie solche Nachwehen unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen. Hieraus folgt einerseits die Verpflichtung, diese Unterschiede nicht unter den Teppich zu kehren, sondern sie offensiv zu diskutieren. Hierzu gehört auch, dass sich Deutschland weiterhin seiner doppelten Diktaturerfahrung stellt. Gleichzeitig aber entscheidet sich die Zukunft der inneren Einheit daran, ob Zukunftsperspektiven wieder in den Mittelpunkt des Nachdenkens über Deutschland rücken.

Die gesamtdeutsche Identität in den verschiedensten Problemfacetten zu artikulieren verändert das Bewusstsein. Welchen Werten ist das Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern in Zeiten der Globalisierung verpflichtet? Was ist unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen, und wie kann sie in Zeiten immer schmalere Staatskassen gelingen?

Wie kann eine repräsentative Demokratie funktionieren, in der sich immer weniger Bürger von den etablierten Parteien vertreten fühlen?

Solche Fragen zu stellen und öffentlich angemessen zu diskutieren meint in erster Linie nicht, Ost-West-Konflikte aufzurufen, sondern gesamtdeutsche Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

**Werner Weidenfeld** ist Professor am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU München und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP).

Gemeinsam mit seinen Co-Autoren Manula Glaab und Michael Weigl veröffentlichte er den Sammelband „Deutsche Kontraste 1990–2010“, der gerade im Campus Verlag erschienen ist.



## ECHTZEIT KANZLERIN MIT TUNNELBLICK



Ulrike Sosalla

Jeder Regierungschef hat mal eine schwere Zeit. Muss Angela Merkel ihr Schicksal deshalb gleich an Stuttgart 21 knüpfen?

In letzter Zeit beschleicht mich dieses merkwürdige Gefühl, wenn ich „Tagesschau“ sehe. Ein bisschen verwundert, ein bisschen verwirrt, vor allem befreit. Wie das eben ist, wenn ein Mensch, den man zu kennen glaubte, plötzlich ganz anders ist.

Dabei hatte ich ein klares, fest gefügtes Bild von unserer Bundeskanzlerin. Das ist eine, die erst denkt, dann noch mal denkt, dann noch mal und dann entscheidet. Vielleicht.

Eine, der große Worte suspekt sind und die große Gesten so notwendig findet wie das Impovergehebe dieser Alphamännchenpolitiker, die sie in die Irrgärten ihrer Schachtelsätze lockt und sich dort abstrampeln lässt.

Eine, die Konflikte so lange kleinmoderiert, bis ein Kompromiss herauskommt, dem die Erschöpfung der Beteiligten deutlich anzusehen ist.

### Alles wird groß

Und jetzt das: große Worte, große Gesten, jeden Tag. Das Energiekonzept der Bundesregierung: eine Revolution. Sarrazins Thesen von den genetisch benachteiligten Muslimen: eindeutig Unsinn. Die Wehrpflicht: ein Relikt längst vergangener Zeiten. Der neue Stuttgarter Bahnhof: ein Prüfstein für Deutschland und die gesamte Europäische Union. Moment mal – der neue Stuttgarter Bahnhof? Die-

ses Tunnelprojekt, das halb Schwaben in die Gräben eines Glaubenskriegen getrieben hat?

Aber ja, da sagt sie es: „Stuttgart 21 ist ein europäisches Projekt. Wenn dieses Projekt nicht realisiert wird, dann würde es dazu kommen, dass wir als nicht mehr verlässlich gelten“, beteuerte Angela Merkel noch vor drei Tagen. Und fügte hinzu: Wenn sie in Brüssel einräumen müsste, dass Deutschland aufgrund der Proteste seine Zusagen nicht mehr einhalten könne, dann käme „morgen mein griechischer Kollege und sagt: Weil bei uns so viel protestiert wurde, kann ich die Stabilitätszusagen nicht mehr einhalten.“

Von S21 zum Zusammenbruch der Euro-Zone in zwei Sätzen, das muss man erst mal schaffen. Das ist eine Ansage.

Was ist da los? Unruhe, Angst, Panik? Die Umfragewerte von Union und FDP sinken, Merksels Beliebtheitswerte auch. Allerorten verlassen die Bewohner unscheinbarer Reihenhäuser ihre Vororte, um ihre Designerkinderwagen bei Protestmärschen aufzufahren, und die nächste Landtagswahl droht ausgerechnet in Baden-Württemberg, dem S21-Land. Aber ist das ein Grund?

Andere Kanzler hatten da schon ganz andere Sorgen, bevor sie ihre Kanzlerschaft mit den ganz großen Fragen verknüpften. Helmut Kohl etwa:

Dessen Beliebtheitswerte waren Mitte 1989 kaum noch messbar, während die Zahl der Arbeitslosen hartnäckig anstieg. Nur knapp vereitelte er im Oktober 1989 einen Putsch seiner eigenen Leute. Dann erwies ihm der Fall der Mauer die historische Gunst, sich um deutsche Einheit und Euro-Einführung verdient machen zu dürfen.

### Andere Kanzler, andere Sorgen

Oder Gerhard Schröder. Der startete völlig konzeptlos in seine zweite Regierungsperiode, was vor allem deshalb auffiel, weil Deutschland sich zu dieser Zeit mit 4,5 Millionen Arbeitslosen und einer dramatisch steigenden Neuverschuldung herumschlug. Als Ausweg ersann er den bisher größten Umbau des deutschen Sozialsystems, besser bekannt als Hartz IV. Die neue Zählweise schob die Arbeitslosenzahl über die Fünf-Millionen-Marke.

Der Rest ist Geschichte. Im Vergleich dazu läuft es für Merkel blendend. In den zehn Monaten nach der Bundestagswahl, in denen sie jede Entscheidung konsequent vermied, erholte sich die Wirtschaft nicht nur, nein, sie boomt geradezu. Die Arbeitslosigkeit nähert sich der Drei-Millionen-Marke, mehr Menschen haben einen Arbeitsplatz als je zuvor im vereinten Deutschland, und die Wirtschaft klagt zur Ab-

wechslung mal über Fachkräftemangel statt über den großzügigen Kündigungsschutz.

In dieser Lage erhebt die Bundeskanzlerin einen Bahnhofsneubau zur Staatsaffäre, S21 statt Hartz IV. Fast könnte man meinen, das sei ihre perfide Rache an denen, die immerzu große Worte und gewaltige Taten fordern.

Seht her, das habt ihr jetzt davon, soll das heißen. Von diesem Tunnel hängt nun so viel ab: die Modernisierungsfähigkeit Deutschlands, die Zukunft der Euro-Zone, vielleicht sogar Merksels Kanzlerschaft. Nun muss er mit Zähnen und Klauen, mit Wasserwerfern und Tränengas verteidigt werden, ganz gleich, ob es Schüler sind, die im Stuttgarter Schlosspark demonstrieren, oder Menschen, die bisher brav CDU gewählt haben.

Falls das die Rache ist, dann ist sie gelungen. Angekommen, wir haben verstanden. Deutschland war besser dran ohne Klartextkanzlerin. Bitte, Frau Merkel, pfeifen Sie Ihr neues Ich wieder zurück. Und moderieren Sie an Stuttgart 21 so lange herum, bis alle Beteiligten vor lauter Erschöpfung einem Kompromiss zustimmen.

**E-Mail:** sosalla.ulrike@guj.de

**Ulrike Sosalla** ist Kommentarchefin der FT. Sie schreibt jeden zweiten Freitag an dieser Stelle.